

Unserer Senne Zukunft geben!

Beschlussfassung des CDU-Gemeindeparteitages
Hövelhof, 7. Dezember 2011



Bereits seit Beginn der Diskussion um die Zukunft der Senne im Jahr 1990 hat die Hövelhofer CDU eine klare Aussage getroffen: Der beste Schutz für die Senne ist die Beibehaltung der militärischen Nutzung. Der nordrhein-westfälische Landtag hat im Jahr 1991 einstimmig beschlossen, dass nach Beendigung der militärischen Nutzung der Senne ein Nationalpark zu errichten sei. Der seinerzeitige Beschluss erfolgte ohne eine fundierte naturschutzfachliche Diskussion. Zudem wurde im Jahr 2002 das Bundesnaturschutzgesetz neu formuliert, so dass der heutige Rechtsbegriff „Nationalpark“ nicht mehr mit der damaligen Rechtssituation übereinstimmt.

Im Jahr 2005 hat der Rat der Gemeinde Hövelhof auf Vorschlag der Hövelhofer CDU-Mitglieder die Resolution „Aus Liebe zur Heimat: Ja zum Schutz der Senne, nein zum Nationalpark“ beschlossen. Im März 2011 haben alle Ratsfraktionen einen gemeinsamen Beschluss im Gemeinderat mitgetragen, der die Ausweisung „großflächiger Prozessschutzbereiche“, wie im vorgelegten Gutachten des Umweltministeriums (LANUV), ablehnt.

Es ist Bestandteil der Strategie des Umweltministeriums, zwei parallele Verfahren zur Ausweisung eines Nationalparks in Ostwestfalen-Lippe durchzuführen. Erkennbar ist, dass nach der Ausweisung eines Nationalparks Teutoburger Wald – Eggegebirge auch der Nationalpark Senne folgen wird.

In Anerkennung dieser Tatsachen formulieren wir, die Mitglieder der CDU Hövelhof, diese Leitsätze zur Zukunft der Senne:

1. Die Senne ist eine Kulturlandschaft die vom Menschen geprägt wurde. Erst die militärische Nutzung der Senne und der damit verbundene Schutz dieses Naturraums hat die Senne so entwickelt, wie wir sie heute kennen. Auch für die Zukunft gilt: Der beste Schutz für die Senne ist die militärische Nutzung der Senne durch die britischen Streitkräfte, die Bundeswehr und andere NATO-Streitkräfte. Die Entscheidung der Bundeswehr, den Standort Augustdorf zu erhalten, begrüßen wir. Auch die britischen Streitkräfte sind uns in Zukunft als Nutzer des Truppenübungsplatzes Senne willkommen.
2. Ein Nationalpark, wie ihn die NRW-Landesregierung vorschlägt, ist in einer Region, in der Menschen leben und nachhaltig wirtschaften, nur schwer umzusetzen. Es gibt kaum vom Menschen unberührte Flächen, in der das Originalkonzept umgesetzt werden kann. Der Entzug von Flächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung ist kontraproduktiv zur energiepolitischen Wende. Jedoch ist eine idealtypische Umsetzung des Konzeptes Nationalpark ausschließlich in Waldgebieten vorstellbar. Kritisch muss in diesem Zusammenhang auch betrachtet werden, dass ohne eine nachhaltige Bewirtschaftung dem Land Kosten in Höhe von bis zu 10 Millionen EUR entstehen können. Auch das Land NRW muss seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommen: ausgeglichene Haushalte sind anzustreben und auf Einnahmen aus der Forstwirtschaft darf nicht verzichtet werden. In den Prozessschutzflächen wird das angestrebte Landschaftsbild zu einer Vernichtung der bisherigen Flächen führen.
3. Andere Nationalparks haben bewiesen, dass eine einmal ausgewiesene Fläche erheblich erweitert werden kann und der Anteil von Prozessschutzflächen innerhalb einer Gebietskulisse deutlich erhöht werden kann. Wir sehen die Gefahr, dass heute präsentierte Konzepte langfristig immer weiter verschärft werden. So schreibt die IUCN schon heute bereits vor, einen Anteil von mindestens 75 Prozent Prozessschutzflächen auszuweisen.

Unserer Senne Zukunft geben!

Beschlussfassung des CDU-Gemeindeparteitages
Hövelhof, 7. Dezember 2011



CDU

4. Das im September 2011 vorgelegte Konzept des LANUV-Gutachtens und die dort beschriebene Gebietskulisse lehnen wir ab. Um die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllen zu können, sind zahlreiche Flächen auch in der Nähe besiedelter und bewirtschafteter Flächen ausgewiesen worden. Ein Nationalpark mit 55 Prozent Prozessschutzflächen stellt eine große Gefahr für die Senne dar, wie wir sie heute kennen. Wir befürchten, dass ein Nationalpark auch gegen das Verschlechterungsverbot der FFH-Richtlinie verstoßen könnte. Die geplante Umwandlung der Waldflächen in Urwälder wird auch eine Reduzierung der Wege durch Entwidmung und einen Rückbau der Durchgangsstraßen nach sich ziehen.
5. Die im LANUV-Gutachten 2011 benannte Gebietskulisse beinhaltet insbesondere zwei für die Gemeinde Hövelhof wichtige Flächen: Das Naturschutzgebiet Moosheide und die Emsquellen. Beide Flächen sind fester Bestandteil des Tourismuskonzeptes und der Naherholung für Hövelhof. Sollten beide Flächen unter Prozessschutz gestellt werden, bedeutet das einen gravierenden Rückschritt. Wir fordern das Land NRW auf, von einer naturschutzfachlichen Überplanung beider Flächen abzusehen. Den Kreis Paderborn als Eigentümer des Naturschutzgebietes Moosheide fordern wir auf, seine Flächen nicht in eine entsprechende Gebietskulisse einzubringen.
6. Eine naturschutzrechtliche Verschärfung in der Phase der militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes lehnen wir ausdrücklich ab. Wir lehnen auch die Planungen für einen Nationalpark Teutoburger Wald ab. Beide Flächen sollen getrennt diskutiert werden. Es ist jedoch erkennbar, dass beide Flächen später zu einer Einheit verschmelzen werden.
7. Für die Zukunft der Senne gilt: Nach Beendigung der militärischen Nutzung ist ein geeignetes und ideologiefreies Schutzkonzept von Anrainerkommunen, Kreisen und Land NRW ausschließlich für das Gebiet des Truppenübungsplatzes Senne zu entwickeln. Naturschutz und menschliche sowie wirtschaftliche Interessen müssen zusammengebracht und nachhaltig und einträchtig gestaltet werden.
8. Die Senne ist FFH- und Vogelschutzgebiet nach europäischem Recht. Eine wohnwirtschaftliche oder gewerbliche Nutzung ist somit ausgeschlossen. Wir wollen die Senne so erhalten und bewahren, wie sie sich bis heute durch die Nutzung des Menschen entwickelt hat. Den Menschen wollen wir Gelegenheiten bieten, die Senne zu erkunden und den Naturraum zu erleben, ohne nationalparkrechtliche Restriktionen. Die Durchgangsstraßen – insbesondere die Alte Bielefelder Poststraße zwischen Hövelhof und Bad Lippspringe und die Panzerringstraße Richtung Augustdorf – sollten weiterhin für Rad- und Autofahrer nutzbar sein. Wir unterstützen auch die Initiative, eine Kapelle im Gedenken an die aufgegebene Ortschaft Hövelsenne auf dem Gelände der ehemaligen St. Josephskirche zu errichten.
9. Wir nehmen die Sorgen der Bürgerschaft und auch der Landwirtschaft hinsichtlich eines immer mehr von Auflagen und Beschränkungen gekennzeichneten Umweltrechtes ernst. Unsere Heimat wird schon heute mit einer Vielzahl umweltrechtlicher Gebietsarten geschützt. Eine Ausweitung bestehender Flächen oder eine weitergehende Verschärfung bestehender Beschränkungen und Auflagen lehnen wir ab.
10. Deshalb wollen wir, dass die Region selbst über die Nutzung dieser Gebiete entscheiden kann und nicht von staatlicher Seite bevormundet wird.